

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der zweiten aufeinanderfolgenden Sitzungswoche in Berlin beschäftigt uns nun zwangsläufig der Rücktritt von Bärbel Bas und die Frage, wie es mit der Zusammenarbeit innerhalb der Koalition weitergeht.

Statt endlich über die Inhalte und die Umsetzung ausstehender Reformen zu sprechen, erleben wir nun wieder eine Personaldebatte. Die SPD-Führung richtet schwere Vorwürfe gegen die Union. Aus der berechtigten Frage, wann gemeinsam vereinbarte Ergebnisse vorliegen, ist eine Auseinandersetzung darüber geworden, wer für den Rücktritt verantwortlich sein soll und ob die Kritik an der Amtsführung überhaupt anständig gewesen sei. Damit geraten diejenigen unter Erklärungsdruck, die auf die Einhaltung gemeinsamer Zusagen drängen, während die eigentlichen Sachfragen unbeantwortet bleiben.

Die persönliche Entscheidung von Bärbel Bas respektiere ich selbstverständlich. Die politische Verantwortung ihrer Partei erledigt sich damit jedoch nicht. Zum Zeitpunkt ihres Rücktritts stand der erwartete Rentengesetzentwurf noch immer aus, obwohl die Empfehlungen der Alterssicherungskommission bereits seit Monaten vorlagen.

Die Forderung nach einer belastbaren Beratungsgrundlage ist keine persönliche Herabsetzung. Sie gehört zur parlamentarischen Arbeit. Von unserem Koalitionspartner erwarte ich deshalb, dass er diese Sachfragen beantwortet, statt die Union moralisch unter Druck zu setzen. Gemeinsam getroffene Vereinbarungen müssen für beide Seiten gelten – auch dort, wo ihre Umsetzung in den eigenen Reihen unbequem ist. Wer einer Regierung angehört, kann nicht zugleich deren Entscheidungen mitbestimmen und bei ausbleibenden Ergebnissen die Verantwortung auf den Partner abschieben. Für mich steht damit inzwischen nicht nur das Tempo einzelner Reformen infrage, sondern die Verlässlichkeit der Zusammenarbeit.

Dabei geht es um mehr als den nächsten Koalitionsstreit. Für uns als Union darf der Wunsch, diese Regierung zusammenzuhalten, nicht bedeuten, bei den eigenen Überzeugungen immer weiter zurückzuweichen. Wir sind unseren Wählern verpflichtet. Sie dürfen erwarten, dass wir unsere Positionen vertreten und uns nicht aus Sorge vor der nächsten Empörungswelle

berechtigte Kritik abgewöhnen. Dabei stellt sich für mich zunehmend die Frage, ob die Union noch als eigenständiger Partner respektiert wird oder vor allem als Wettbewerber gilt, dessen Schwächung dem eigenen Vorteil dienen soll. Wer gemeinsam regieren will, muss am Erfolg dieser Regierung arbeiten – nicht daran, wie sich ihr Misserfolg dem Partner zuschreiben lässt.

Bei aller notwendigen politischen Auseinandersetzung darf die konkrete Arbeit für die Menschen nicht in den Hintergrund geraten. Deshalb berichte ich in dieser Ausgabe auch über die Reform der Notfallversorgung und die Frühstartrente. Dabei geht es um verlässliche medizinische Hilfe – gerade bei uns auf dem Land – und darum, Kindern frühzeitig einen Einstieg in die zusätzliche Altersvorsorge zu ermöglichen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Die Verantwortung der SPD

Verlässlichkeit zeigt sich im Handeln

Am 23. Juni legte die Alterssicherungskommission ihre Empfehlungen vor. Anfang Juli verständigte sich die Koalition darauf, diese umzusetzen und die Rentenreform bis Ende 2026 im Bundestag zu verabschieden. Am 12. Oktober, dem Tag des Rücktritts von Bärbel Bas, erklärte Regierungssprecher Stefan Kornelius dennoch: „Noch liegt der Entwurf nicht vor. Es gibt keine Frühkoordinierung.“

Gut dreieinhalb Monate nach Vorlage der Empfehlungen fehlte damit weiterhin die erforderliche Beratungsgrundlage. Es geht um die künftige Alterssicherung und um die berechnete Erwartung, dass auf gemeinsam getroffene Entscheidungen auch die entsprechende gesetzgeberische Arbeit folgt.

Genau das forderten Hendrik Wüst und Franziska Hoppermann ein: einen Rentengesetzentwurf als Grundlage für konkrete Beratungen. Katherina Reiche erinnerte daran, dass Bas den Koalitionsbeschluss persönlich mitverhandelt hatte. Selbst auf die ausdrückliche Nachfrage, ob die Ministerin bremse, ließ sie sachlich und verwies auf die gemeinsame Verantwortung für wirtschaftliches Wachstum.

Auch Sepp Müller verlangte am 5. Oktober ein konkretes Modell für die Unterkunftskosten von Grundsicherungsempfängern. Diese Forderungen betrafen fehlende Vorlagen, konkrete Lösungen und die Einhaltung gemeinsamer Vereinbarungen. Die Arbeit einer Ministerin daran zu messen, ist kein Angriff auf ihre Würde, sondern ein selbstverständlicher Bestandteil parlamentarischer Verantwortung.

Vor diesem Hintergrund wiegt Manuela Schwesigs Vorwurf besonders schwer, die Angriffe der CDU seien „unmenschlich und rücksichtslos“ gewesen. Wer den Koalitionspartner derart moralisch verurteilt, muss konkret benennen, welche Aussagen diese Anschuldigung rechtfertigen sollen. Die genannten Forderungen liefern dafür keinen Beleg. Ich halte es für verantwortungslos, die Union pauschal zu diskreditieren und zugleich einen respektvolleren Umgang einzufordern. Schwesig trägt mit dieser Wortwahl selbst zu der Verrohung bei, die sie anderen vorwirft. Sachliche Kritik wird nicht dadurch entkräftet, dass man den Kritikern den Anstand abspricht.

Besonders unglaublich ist Lars Klingbeils Auftritt als Mahner für Respekt und Ehrlichkeit. Er beklagt eine Vergiftung des politischen Diskurses und sorgt sich um den Rückzug ehrlicher Menschen aus der Politik. Ausgerechnet Klingbeil: Als SPD-Generalsekretär präsentierte er unter anderem einen Wahlkampfsport, der Nathanael Liminskis katholischen Glauben und seine privaten Überzeugungen zu Sexualität und Ehe zum politischen Angriffsmaterial machte. Selbst die Deutsche Bischofskonferenz kritisierte diesen Umgang. Auch gegenüber Friedrich Merz und der CDU-Führung pflegte Klingbeil keineswegs die Zurückhaltung, die er heute einfordert. Als Parteivorsitzender neben Saskia Esken verglich er die CDU unter Merz mit einer „Horde kleiner Jungs“, unterstellte ihr „Krawallmentalität“ und erklärte, ihre

Führung beschäftige sich vor allem mit der eigenen Therapie und der Aufarbeitung ihres Verhältnisses zu Angela Merkel.

Wer persönliche religiöse Überzeugungen zum Wahlkampfmaterial macht und den politischen Gegner derart abkanzelt, kann sich nicht glaubwürdig als Hüter des Anstands aufspielen, sobald die eigene Partei unter Druck gerät. Klingbeil verlangt von der Union einen Umgang, den er selbst nicht praktiziert hat. Das ist für mich Doppelmoral: selbst hart austeilen und anschließend berechnete Kritik am eigenen politischen Lager zur Frage des Anstands erklären. Respekt ist kein Maßstab, den man nur dann hervorholt, wenn die eigene Partei unter Druck steht.

Für mich liegt darin der Kern dieser Auseinandersetzung: Die SPD-Führung verschiebt die Debatte von der eigenen Verantwortung auf das angebliche Fehlverhalten des Partners. Die Frage nach dem fehlenden Entwurf wird von einer Empörungsdebatte überlagert. An den gemeinsam eingegangenen Verpflichtungen ändert das jedoch nichts. Die Reformvorhaben waren im Juli als zusammengehöriges Paket vereinbart worden. Die Union hatte gerade mit Blick auf die zugesagten Veränderungen bei Rente und Arbeitsmarkt eigene Zugeständnisse gemacht. Eine Koalition kann nicht funktionieren, wenn Vereinbarungen nur dort verbindlich bleiben, wo sie den eigenen Interessen entsprechen.

Mit diesem Verhalten stellt die SPD-Führung ihre Verlässlichkeit selbst infrage. Ein Ministerwechsel hebt gemeinsame Vereinbarungen nicht auf. Die Partei muss erklären, wann die ausstehenden Vorlagen kommen und wie sie ihre Zusagen umsetzen will. Die Verantwortung für eine funktionierende Koalition lässt sich nicht auf die Union abwälzen, während man selbst die Zusammenarbeit durch pauschale Vorwürfe belastet. Wer Ergebnisse schuldet, muss Ergebnisse liefern – nicht die Glaubwürdigkeit derjenigen beschädigen, die darauf bestehen.

Die bürgerliche Mitte

Die Union ist kein Spielball der SPD

Mich treibt der Verdacht um, dass Teile der SPD-Führung stärker auf die Schwächung der Union setzen als auf den Erfolg der gemeinsamen Regierung.

Die CDU droht zwischen sozialdemokratischen Forderungen und der Konkurrenz von rechts zerrieben zu werden. Gibt sie ihre Überzeugungen auf, verliert sie ihr Profil. Lässt sie sich in Richtung AfD drängen, beschädigt sie ihre Glaubwürdigkeit als bürgerliche Kraft der Mitte. In beiden Fällen verliert die Union. Wer darauf setzt, spielt mit der politischen Stabilität unseres Landes.

Der Umgang mit dem Rücktritt von Bärbel Bas verstärkt diesen Eindruck. Der erwartete Rentengesetzentwurf lag zum Zeitpunkt ihres Rücktritts nicht vor. Doch statt die ausstehenden Ergebnisse zu erklären, richtet die SPD-Führung schwere Vorwürfe gegen die

Union. Schwesig bezeichnet deren Angriffe als „unmenschlich und rücksichtslos“. Damit müssen sich plötzlich diejenigen rechtfertigen, die auf Ergebnisse drängen. Für mich ist das politische Schuldverschiebung: Wir sollen die Regierung verantworten, bei unseren Anliegen nachgeben und anschließend für die unzureichende Bilanz geradestehen. Die SPD kann nicht zugleich in der Regierung mitentscheiden und sich wie eine unbeteiligte Anklägerin aufführen.

Der Seeheimer Kreis verweist unterdessen auf eine INSA-Analyse, die der SPD ein Wählerpotenzial von 37,5 Prozent bescheinigt. Diese Aussicht könnte die SPD-Führung darin bestärken, die Union gezielt zu schwächen, um ihr Wähler abzuwerben. Ich sehe in ihrer derzeitigen Politik nicht, womit sie diesen Zuspruch gewinnen will. Wer Menschen überzeugen möchte, braucht eigene Antworten und eine glaubwürdige Bilanz. Die Schwächung der Union ersetzt beides nicht. Die SPD muss sich Zustimmung erarbeiten, statt darauf zu hoffen, vom Vertrauensverlust ihres Partners zu profitieren.

Meine Befürchtung ist deshalb, dass Teile der SPD-Führung in einer zerriebenen Union einen strategischen Vorteil sehen. Auf der einen Seite stünde ein linkes Lager, dessen Führung die SPD beansprucht, auf der anderen eine starke AfD. Die Union als tragende Kraft der bürgerlichen Mitte wäre dazwischen aufgerieben. Die Sozialdemokratie könnte sich dann als unverzichtbares Gegengewicht zur extremen Rechten darstellen, statt durch ihre Leistung überzeugen zu müssen. Das wäre nicht die Stärkung der Mitte, sondern der Versuch, aus ihrer Zerstörung Nutzen zu ziehen.

Ein solches Kalkül wäre verantwortungslos. Es gibt keinen Automatismus, nach dem enttäuschte Unionswähler zur SPD wechseln. Eine geschwächte CDU könnte vielmehr gerade die AfD stärken. Bei der nächsten Bundestagswahl stünde dann womöglich keine neue sozialdemokratische Mehrheit, sondern eine grundlegend veränderte politische Landschaft, in der tragfähige Mehrheiten ohne die Ränder kaum noch möglich wären. Wer diese Entwicklung in Kauf nimmt, darf hinterher nicht behaupten, ihre Folgen seien unvorhersehbar gewesen.

Für uns ist deshalb klar: Wir lassen uns weder unsere Überzeugungen vom Koalitionspartner abnehmen noch in die Nähe der AfD drängen. Unsere Abgrenzung nach rechts außen ist kein Druckmittel, mit dem die SPD uns zum Nachgeben zwingen darf. Wir schulden unseren Wählern eine erkennbare bürgerliche Politik und die Umsetzung gemeinsamer Vereinbarungen. Wer mit uns regieren will, muss uns als eigenständigen Partner respektieren. Wer stattdessen unsere Schwächung betreibt, trägt Verantwortung für die Folgen – und wird sich daraus nicht mit moralischen Belehrungen befreien können.

Notfallversorgung

Verlässliche Hilfe – auch auf dem Land

Wer dringend medizinische Hilfe braucht, muss schnell an die richtige Stelle gelangen. Der Bundestag hat am Donnerstag die Reform der Notfallversorgung beschlossen. Ein Kernstück sind die Integrierten Notfallzentren an ausgewählten Krankenhäusern. Dort sollen Notaufnahme, ärztliche Notdienstpraxis und eine gemeinsame Ersteinschätzungsstelle zusammenarbeiten. Nach einer medizinischen Einschätzung werden die Patienten in die passende Versorgung vermittelt. Das soll unnötige Wege vermeiden und die Notaufnahmen entlasten.

Auch die telefonischen Anlaufstellen sollen besser zusammenarbeiten. Die 112 und die 116117 bleiben bestehen, ihre Leitstellen sollen aber digital miteinander vernetzt werden. Bei einer Weiterleitung sollen bereits aufgenommene Informationen unmittelbar übermittelt werden. Hilfesuchende müssten dann nicht erneut anrufen und ihre Situation noch einmal vollständig schildern. Die 116117 wird für die ambulante Akutversorgung gestärkt; bei Lebensgefahr oder schweren gesundheitlichen Notfällen bleibt die 112 die richtige Anlaufstelle.

Eine wichtige Änderung betrifft den Rettungsdienst. Die medizinische Notfallrettung soll als eigenständige Sachleistung der gesetzlichen Krankenversicherung verankert werden. Damit wird auch die medizinische Versorgung am Einsatzort ausdrücklich berücksichtigt, statt die Finanzierung vor allem über Fahrtkosten abzubilden. So soll eine angemessene Behandlung ermöglicht werden, ohne dass zwingend ein Transport ins Krankenhaus erfolgen muss. Die Arbeit unserer Rettungskräfte ist weit mehr als eine Beförderungsleistung. Es ist richtig, das auch bei der Finanzierung anzuerkennen.

Für die Eifel kommt es nun darauf an, dass die Umsetzung den Bedingungen vor Ort gerecht wird. Dazu gehören erreichbare Angebote und eine verlässliche Finanzierung. Bestehende Praxen, Krankenhäuser und Rettungsdienste müssen sinnvoll eingebunden werden, statt zusätzliche Doppelstrukturen zu schaffen.

Die Reform muss den Weg zur richtigen Behandlung erleichtern und die Versorgung auch im ländlichen Raum sichern. Mit dem Bundestagsbeschluss ist dafür ein wichtiger Schritt getan.

Frühstartrente

Früh vorsorgen, Eigenständigkeit stärken

Der Bundestag hat am Freitag die Einführung der Frühstartrente beschlossen. Damit unterstützen wir Kinder bereits früh beim Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge. Für die anspruchsberechtigten Kinder stellt der Bund ab sechs Jahren bis zur Volljährigkeit monatlich zehn Euro bereit, die am Kapitalmarkt angelegt werden.

Die Förderung beginnt zum 1. Januar 2027 zunächst mit den Geburtsjahrgängen 2020 und 2021. Für den Jahrgang 2020 wird sie rückwirkend für das Jahr 2026 gewährt. Anschließend kommt jährlich der Jahrgang hinzu, der sechs Jahre alt wird. Voraussetzung ist unter anderem

der erste Wohnsitz in Deutschland. Eltern können für ihr Kind bei einem privaten Anbieter einen dafür vorgesehenen Altersvorsorgedepot-Vertrag abschließen. Zusätzliche Einzahlungen durch Eltern oder Großeltern sind möglich, aber keine Voraussetzung für die staatliche Förderung.

Auch Kinder, deren Eltern keinen solchen Vertrag abschließen, werden berücksichtigt. Für sie werden Mittel gemeinschaftlich am Kapitalmarkt angelegt und durch die Deutsche Bundesbank verwaltet. Das daraus entstehende Startkapital kann später in einen eigenen Altersvorsorgevertrag übertragen werden. Damit soll der Zugang zur zusätzlichen Vorsorge nicht davon abhängen, ob sich die Eltern bereits mit Geldanlage auskennen. Die staatliche Förderung und die daraus erwirtschafteten Erträge bleiben grundsätzlich für das Alter bestimmt; sie stehen nicht mit dem 18. Geburtstag zur freien Verfügung.

Zehn Euro im Monat sichern allein noch keinen Lebensabend. Der frühe Beginn eröffnet aber die Möglichkeit, über viele Jahrzehnte Vermögen aufzubauen und Erträge erneut anzulegen. Kapitalanlagen unterliegen dabei Wertschwankungen; eine bestimmte Rendite ist nicht garantiert. Deshalb gehört für mich eine verständliche finanzielle Bildung dazu: Junge Menschen sollen Chancen, Risiken und Kosten einschätzen lernen und später selbst fundierte Entscheidungen treffen können.

Die Frühstartrente ersetzt die gesetzliche Rente nicht. Sie schafft einen zusätzlichen Ausgangspunkt für eigene Vorsorge und finanzielle Eigenständigkeit. Genau darin liegt für mich ihr Wert.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de